

DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum, 44777 Bochum

An den Oberbürgermeister  
der Stadt Bochum  
Herrn Thomas Eiskirch

Rathaus, Zi. 49  
Willy-Brandt-Platz 2-6  
D-44777 Bochum

Telefon: 0234 – 910 1295 / -1296  
Fax: 0234 – 910 1297  
E-Mail: linksfraktion@bochum.de  
Internet: linksfraktionbochum.de

Bochum, den 13. Mai 2016

**Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum**  
zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.05.2016

**Polizeieinsatz am 1. Mai 2016**

Bei der Demonstration gegen den Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai 2016 in Bochum kam es zu massiven repressiven Maßnahmen seitens der Polizei. Berichten zufolge hat die Polizei etwa 50 Demonstrant\*innen durch Reizgas- und Schlagstockeinsatz sowie durch Tritte und Schläge verletzt. Bereits im Zusammenhang mit der Anreise zur Gegendemonstration ist Polizeigewalt dokumentiert:

Wer den Bahnhof Richtung Gegenkundgebungen/Hauptausgang verlassen wollte, wurde von den Einsatzkräften mit Pfefferspray angegriffen. Ein Video dokumentiert, wie ein Polizist einen geworfenen Rauchtopf nicht unschädlich macht, sondern selbst auf Demonstrant\*innen wirft. Gegen 14:30 Uhr hat die Polizei hunderte von Menschen, die sich zum Protest gegen die Neonazis zusammengefunden hatten, in der Kortumstraße in einem sogenannten Polizeikessel eingeschlossen. Dort wurden sie bis zu sieben Stunden lang ihres Demonstrationsrechts sowie ihres Rechts auf Bewegungsfreiheit beraubt. Unter den Betroffenen befanden sich insbesondere viele Schüler\*innen und Minderjährige sowie in Bochum ehrenamtlich Aktive. Einem Demonstranten wurde durch die Polizei der Arm gebrochen, er musste im Krankenhaus behandelt werden. Die Einsatzkräfte der Polizei sollen dabei die Hilfe verweigert haben.

Erst gegen 21 Uhr, viereinhalb Stunden nach Abreise der Neonazis, hat die Polizei den Kessel aufgelöst. Die Polizei selbst spricht von 306 Ingewahrsamnahmen – das sind etwa zehn Prozent der Menschen, die sich an den Protesten beteiligt haben. Weibliche Betroffene berichten, dass sie sich nach der Ingewahrsamnahme im Beisein männlicher Beamter entblößen mussten.

Am Nachmittag des 1. Mai hatte die Polizei gegenüber der Presse ihr Vorgehen noch damit gerechtfertigt, dass sie es mit „schweren Ausschreitungen“ im Umfeld der Anti-Nazi-Proteste zu tun habe. Diese Bewertung deckt sich nicht mit den Beobachtungen der Linksfraktion. Am 3. Mai berichtete die WAZ, dass auch ein Sprecher der Polizeibehörde die Aussage auf Nachfrage der Zeitung relativierte und feststellte, es habe sich nicht um „schwere Ausschreitungen“ gehandelt.

**Vor diesem Hintergrund fragt DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum an:**

1. Gab es Gespräche zwischen der Verwaltung und der Polizei im Vorfeld des Polizeieinsatzes zum 1. Mai? Wenn ja, welchen Inhalts und mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?
2. War die Stadt Bochum in die Entscheidung gegen eine räumliche Trennung der Neonazi-Demo und der nur 250 Meter entfernt lokalisierten DGB-Kundgebung eingebunden? Wenn ja, welche Position hat die Stadt Bochum vertreten?
3. Wie bewertet die Stadt Bochum im Nachhinein die Entscheidung, den Neonazis mit aller polizeilicher Macht einen Marsch durch die Innenstadt und eine Zwischenkundgebung auf dem Husemannplatz zu ermöglichen, nur 250 Meter vom Ort der DGB-Abschlusskundgebung entfernt?
4. Wie bewertet die Verwaltung den Polizeieinsatz und die Polizeistrategie am 1. Mai?
5. Hält die Verwaltung solche Polizeieinsätze für ein geeignetes Mittel, um junge Menschen, die gegen Rassismus und Neonazismus demonstrieren, für ein demokratisches Miteinander in unserer Gesellschaft zu gewinnen?
6. Hält die Verwaltung es noch für zeitgemäß, mitten in einer Großstadt wie Bochum Pferdestaffeln einzusetzen, obwohl diese eine unkalkulierbare Gefahr für Demonstrant\*innen, Passant\*innen und Einsatzkräfte darstellen, und die Pferde selbst unter diesem Einsatz leiden?

Sevim Sarialtun / Ralf-D. Lange  
Fraktionsvorsitzende

F.d.R Anke Pfromm